

Blickpunkt.

Der Mitgliederbrief der SPD Essen-Mitte



Liebe Genossin,
lieber Genosse,

der Schock über die verlorene Landtagswahl dürfte uns allen noch in den Knochen sitzen und nicht gerade der erhoffte Motivationsschub für die am 24. September 2017 anstehende Bundestagswahl sein.

Dass sich Rot-Grün in NRW nicht nur mit Ruhm bekleckert hat, ist klar.

Abseits der hausgemachten Pannen hat aber auch ein struktureller Wandel des Wählerverhaltens zur Niederlage beigetragen: Die CDU hat massenhaft BürgerInnen aus wohlhabenden – gerne ländlich geprägten – Räumen zusätzlich an die Urnen bringen können, während sich in unseren früheren Hochburgen der zunehmende „Selbstausschluss“ der EinwohnerInnen aus der Demokratie durch Nichtwahl beobachten lässt.

Es war also schon bei der NRW-Wahl so:
Reich geht wählen, Arm bleibt zuhause.

Wenn dann noch in der aktuellen Ausgabe der seit 26 Jahren durchgeführten Untersuchung der R+V Versicherung über die Ängste der Deutschen auf den vorderen Plätzen (u.a.) die Ängste vor Terror, Problemen mit der Einwanderung, der Schuldenkrise, Schadstoffen im Essen oder Naturkatastrophen erscheinen, es aber kein einziges sozialpolitisches Thema an die Spitze schafft, dann muss es die SPD mit ihrem Schwerpunkt „Gerechtigkeit“ einfach schwer haben.

Trotzdem ist diese Schwerpunktsetzung absolut richtig, denn dass in Deutschland eine erfolgreiche Bildungs- und Berufskarriere eines Menschen immer noch von Bildungs- und Kontostand seiner Eltern abhängt, ist ein Skandal. Das traditionelle Ziel der Sozialdemokratie, die Herstellung von Chancengerechtigkeit, ist deswegen wichtiger denn je – aber auch deswegen, weil davon unser zukünftiger Erfolg in einer globalen Wirtschaftswelt abhängt. Mit der typisch konservativen Strategie des Aussitzens wird das nichts.

Wenn sich hier etwas bewegen soll, braucht es ein gutes SPD-Wahlergebnis am 24.09.2017, und für ein gutes SPD-Wahlergebnis braucht es wiederum eine Trendumkehr bei den Wahlmüden. Also – spricht mit den Menschen, die der Demokratie verloren zu gehen drohen – die SPD hat gerade für sie die besten politischen Konzepte.

Es drückt die Daumen für Martin Schulz, die SPD und uns alle

Matthias
(Vorsitzender)

Bundestagswahl: für Essen – für alle

Liebe Genossinnen und Genossen,

2013 bin ich angetreten mit einem ganz zentralen Ziel: mehr Mittel aus dem Bundeshaushalt für Essen. Mehr finanzielle Mittel, um sicherzustellen, dass das Versprechen von gleichwertigen und angemessenen Lebensverhältnissen gilt.

5 Milliarden mehr sind es für die Finanzierung der Kommunen geworden, nicht zuletzt durch den engagierten Einsatz der SPD-Abgeordneten des Ruhrgebiets. Darüber hinaus wurden 3,5 Milliarden speziell für finanzschwache Städte bereitgestellt, um Investitionen in die städtische Infrastruktur, wie Straßen, Grünanlagen oder auch Schulen zu ermöglichen. Und mit dem neuen Bund-Länder-Finanzpakt kommen weitere 3,5 Milliarden speziell für die Schulsanierung hinzu. Insgesamt ein riesiges Paket. Das reicht aber nicht. Wir müssen in der nächsten Legislaturperiode endlich das sogenannte Kooperationsverbot, das den Bund daran hindert, direkt in Bildung, in Schulen und Kitas zu investieren, abschaffen. Es kann nicht sein, dass in einem reichen Land wie Deutschland in einigen Städten, leider auch in Essen, Schulen und zentrale Bildungseinrichtungen nicht nur schlecht ausgestattet, sondern insgesamt in einem desolaten Zustand sind.

Daher gilt für mich 2017 wie 2013, wir müssen gerechte und angemessene Lebensbedingungen, insbesondere auch gleichwertige Bildungsvoraussetzungen, in allen Städten schaffen und sichern. Der Bund muss hier noch weit mehr in die Pflicht genommen werden. Deshalb werde ich mich für die Aufhebung des Kooperationsverbotes einsetzen, denn es ist absurd, dass ausgerechnet der Bund sogar grundgesetzlich daran gehindert wird, Geld direkt in Bildung zu investieren.

Wie gerecht es in Deutschland insgesamt in der Zukunft zugehen wird, das entscheidet sich am 24. September. Mit einem Kanzler Martin Schulz werden wir gemeinsam für Verbesserungen sorgen bei der Rente, aber unter Beachtung, dass die Belastungen für die Beitragszahler nicht zu sehr steigen. Wir werden uns für gute Arbeit (keine sachgrundlose Befristung, gleicher Lohn für Frauen und Männer) einsetzen und die Rahmenbedingungen für eine paritätische Krankenversicherung und den Einstieg in die Bürgerversicherung schaffen. All das kommt allen Bürgerinnen und Bürgern, aber natürlich auch den Essenerinnen und Essenern zugute.



Ein Thema aber, das mich als Gesundheitspolitiker besonders umtreibt, will ich abschließend noch ansprechen. Es muss endlich ein Ende haben mit der sogenannten „Sonderregion Ruhrgebiet“, die sich nachteilig auf die Niederlassungen von Ärzten auswirkt. Dieser Sonderstatus führt dazu, dass wir viel zu wenige Fachärzte und Psychotherapeuten in Essen haben. Nach einer aktuellen Studie haben wir im Vergleich zu anderen Regionen bei den Psychotherapeuten eine Unterversorgung von fast 180%. Kein Wunder, dass die Wartezeiten auf eine Behandlung bei psychischen Erkrankungen enorm hoch sind. Die „Sonderregion Ruhrgebiet“ muss aufgegeben und es muss zügig ermöglicht werden, dass es ausreichend Fachärzte und Psychotherapeuten gibt. Eine wohnortnahe und gute medizinische Versorgung muss überall selbstverständlich sein, auch und gerade im Essener Nord-Osten.

Ich freue mich auf die Diskussion mit Euch und auf den gemeinsamen Wahlkampf.

Glückauf
Dirk Heidenblut

Martin Schulz will Geld in die Bildung investieren

Geld für Bildung für alle

SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz hat wenige Wochen vor der Bundestagswahl 2017 eine kleine politische Bombe platzen lassen: 12 Milliarden Euro will er als Bundeskanzler aus Bundesgeldern locker machen, um in Schulen investieren zu können und so die Bildungsstandards zu verbessern. "Der Bund darf nicht an den Schultoren stehen bleiben", so Martin Schulz. Aber warum sorgt dieser Plan für Aufsehen?

Bildung als Vorrecht der Länder

Dass man im Bundestagswahlkampf sonst kaum etwas zum Thema Bildung hört, hat einen guten Grund. Bildung ist Ländersache, der Bund hat hier keine Kompetenzen und durfte sich bislang nicht einmischen. Häufig liest man dazu, dies sei im Grundgesetz so geregelt; genauer in dessen Artikel 30. Aber das stimmt nur zum Teil. Denn in unserem Grundgesetz steht nicht etwa "Bildung ist Ländersache", sondern Artikel 30 steht im Wortlaut: "Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zuläßt." Vereinfacht ausgedrückt sind all die Themengebiete "Ländersache", die nicht explizit Sache des Bundes sind. Und weil das Themengebiet 'Schulen' nach dem Grundgesetz kein Ressort des Bundes ist, haben die Länder hier jeweils ihre eigene Hoheit. Das Bundesverfassungsgerichts entschied hierzu, die Kulturhoheit sei das "Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder". Und die Länder verteidigen ihre Eigenstaatlichkeit mit Zähnen und Klauen.

Ein unglückliches Gesetz

Dabei war es dem Bund nicht immer explizit verboten in Schulen zu investieren. Erst seit der Föderalismusreform von 2006 gilt ein striktes Kooperationsverbot von Bund und Ländern in Sachen Schulen. Wo noch zwischen 1964 und 1974 der Bund den Ländern half Dutzende neue Universitäten und Fachhochschulen zu gründen (z. B. in Essen, Bochum, Duisburg und Dortmund), gefolgt von weiteren zwischen 1990 und 2005 (etwa in Gelsenkirchen oder Mülheim an der Ruhr), war es ab 2006 dem Bund verboten langfristig Geld direkt in Schulen oder Hochschulen zu investieren. Das Gesetz zementierte vorläufig die große deutsche Misere, die seit dem 19. Jahrhundert immer wieder beklagt wurde: die Vielstaaterei, heute Föderalismus genannt, in ihrer schlimmsten Form. Denn das Gesetz kam zu einer denkbar schlechten Zeit. In den 2000er Jahren waren Bund, Länder und Kommunen gerade dabei ihre Haushalte zu konsolidieren. Dabei litten besonders die Kommunen unter den Sparprogrammen der Länder und des Bundes. Dies galt vor allem für NRW, das unter Ministerpräsident Rüttgers (CDU) und Innovationsminister Pinkwart (FDP) z. B. Studiengebühren einführte, damit Universitäten Lehrbücher und Dozenten bezahlen konnten.

Als 2008 die Bankenkrise die Welt erschütterte und die Wirtschaft weltweit einknickte, wurde die Lage an Schulen und Hochschulen immer dramatischer. Doch die durch Steueranhebungen zunehmend gut gefüllten Koffer des Bundes durften nicht vor Ort geöffnet werden. Die Länder hatten sich selbst das Wasser abgegraben.

Die Wende 2015

Die Notlage an Hochschulen und Schulen zeichnete sich jedoch zunehmend als fatales Problem für Deutschland ab. Ein Land, das von Innovation und Hochtechnologien lebt, wenig natürliche Ressourcen besitzt und einen international hohen Lebensstandard halten will, braucht gut ausgebildete junge Menschen. Doch diese wurden durch Studiengebühren und Schulen in schlechten baulichen Zuständen zunehmend um ihre Zukunft gebracht. Die Länder sahen ein, dass sie hier eine Kooperation des Bundes benötigten und vereinbarten ab 2007 den sogenannten Hochschulpakt. Doch auch hier darf der Bund nicht direkte Hilfe leisten, z. B. wenn Schulen in desolatem Zustand sind. Die Länder bestimmen, wie sie die Bundesmittel einsetzen. Häufig landen daher Mittel an Universitäten, die bereits gut aufgestellt sind. Oder Länder nehmen Bundesgelder dankend an, geben aber ihrerseits keine weiteren Gelder aus. Erst 2015 änderte sich die Lage für die Universitäten grundlegend, wenn auch vor allem nach dem Gesetz: Seitdem darf der Bund gezielt und dauerhaft Institute und ganze Hochschulen fördern. Aber auch hier haben die Länder das letzte Wort. Denn nur wenn jedes Land jeder Hilfe für eine Hochschule zustimmt, darf der Bund fördern. Es wird also in Zukunft auch in der Breite gefördert werden, weil die Länder z. B. eine gezielte Förderung von Hochschulen in NRW nur zustimmen werden, wenn auch andernorts gefördert wird. Mit der Gießkanne und der Pipette, statt strategisch und systematisch. Kommunale Schulen gehen noch immer leer aus.

In Verfassungsrecht gegossenen Irrtum

Das sogenannte Kooperationsverbot von Bund und Ländern hat der Generalsekretär der SPD, Hubertus Heil, einmal "in Verfassungsrecht gegossenen Irrtum" genannt. Es wird Zeit diesen Irrtum auch gegenüber den kommunalen Schulen aufzugeben. Denn was nützen Milliardeninvestitionen in Hochschulen, wenn die Hochschulen damit vor allem Studienabbrecherquoten senken müssen, weil Studierende überfordert sind. Seit Jahren geben Hochschulen mehr Mittel aus, um Studienanfänger überhaupt fit für ihr Studium zu machen: Schreib- und Referatwerkstätten werden gegründet, Tutoren eingestellt und PC-Fertigkeiten geschult. Derweil machen in städtischen Räumen mittlerweile 60 Prozent eines Jahrgangs Abitur. Noch immer haben sie kein Pflichtfach 'IT' gehabt, können trotz Oberstufenreformen keine Fußnoten setzen oder Literatur selbstständig recherchieren. Die beste Lernphase ist die Jugend, jeder hat heute täglich Zugang zum Internet, zu PCs und zu einer ungeahnten Fülle an Informationen.

>>> Fortsetzung von Seite 3:

Nur wird 'Informationsverarbeitung' nicht systematisch unterrichtet. Warum? Weil Geld und Mut zu nachhaltigen Reformen fehlen.

Nun will Martin Schulz Bundeskanzler werden und das Geld bereitstellen. Er fordert eine nationale Bildungsallianz, die vergleichbare Schulstandards und -abschlüsse schafft. Bildung

muss von der Kita bis zum Universitätsabschluss kostenlos sein. Wenn die Länder es ihm erlauben würden, müssten sie nur noch eines bereitstellen: Den Mut der Jugend die Zukunft erschließbar zu machen. Es würde sie nichts kosten.

Urs Wohltat

Nachbetrachtung: TV-Duell

Das TV-Duell war kein Highlight. Aber es hat Unterschiede deutlich gemacht.

Das TV-Duell zwischen Angela Merkel und Martin Schulz, das am 03.09.2017 ausgestrahlt wurde, war von vielen heiß ersehnt. Die Frage, wer künftig Bundeskanzler/in sein sollte – Amtsinhaberin Angela Merkel oder SPD-Herausforderer Martin Schulz – hatten viele für sich im Vorfeld noch nicht beantworten können.

Bereits einige Tage vor der Liveschaltung gab es deutliche Kritik am Format, eines das die Fernsehsender und Moderator/innen übrigens selbst nicht so ausgearbeitet hatten. Man hatte sich ursprünglich vorgenommen, diesmal flexibler an die Fragestellungen heranzugehen und die wichtigen Themen, die in der Bevölkerung für eine starke Politisierung sorgen, auf zwei Sendetermine zu strecken. Doch dann kam Angela Merkel. Quasi per Dekret ließ sie von ihren Vertrauten und engsten Mitarbeitern wissen, dass es mit ihr keine zwei Sendetermine und auch keine Flexibilität geben werde. Entweder man akzeptiere ihre Spielregeln, oder aber sie behalte sich das Recht vor, gar nicht am TV-Duell teilzunehmen. Ein abenteuerlicher Vorgang! Die Frau, die für Amerika, Russland und Türkei Pressefreiheit anmahnt, macht die Spielregeln der hiesigen Pressearbeit selbst. Und das mit Erfolg. So kam es dann, dass die wichtigen Themen, die für eine immer größer werdende Spaltung und für Unmut in unserer Bevölkerung sorgen, teils halbherzig, teils gar nicht thematisiert wurden. Als mehr als die Hälfte der Sendezeit vergangen war, fragte man sich, ob es die restliche Sendezeit weiterhin nur noch um Flüchtlingspolitik und Migration gehen werde, oder ob auch die Themen Rente, soziale Gerechtigkeit, Bildungspolitik, Digitalisierung, Steuerpolitik, finanzielle Ausstattung der Kommunen, Rüstungsetat oder die Beziehungen in Europa angesprochen würden.

Zu einigen der genannten Themenpunkten kam es dann tatsächlich noch, allerdings war dann schon das reine

JA-NEIN-Format erreicht. Auf die Fragen, die die Zukunft unseres Landes wesentlich beeinflussen würden, sollte also eine reine Festlegung auf Ablehnung oder Zustimmung die passende Antwort sein. Differenzierung? Fehlangeige! Stattdessen übte sich Angela Merkel mal wieder bravourös in ihrem Spiel „Wie degradiere ich meine langjährigen Parteifreunde“ und erklärte in einem Halbsatz, dass es die Rente mit 70 nicht geben werde, da schließlich nur unwichtige Untergruppen ihrer Partei diese Forderung stellten. Jens Spahn, Carsten Linnemann, Günther Oettinger und der CDU-Wirtschaftsrat zeigten sich am nächsten Tag „not amused“. Diese Situation mag einen an das Versprechen des letzten TV-Duells erinnern, dass es mit Merkel als Kanzlerin keine PKW-Maut geben werde. Heute steht sie auf Druck der CSU als Koalitionsbedingung im Koalitionsvertrag. Dieselbe CSU, die jetzt die Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen als Voraussetzung für künftige Koalitionsverhandlungen nennt.

Es war wahrlich kein Festspiel der Gefühle und es ist noch nicht eindeutig, wer besonders gestärkt aus dem TV-Duell hervorgeht. Aber wenn nach klaren Positionierungen gefragt wurde, fiel schon auf, wie schwerfällig die Amtsinhaberin sich dabei erwies. Türkei-Beziehungen ändern? Sollte man vielleicht nochmal drüber nachdenken, oder auch nicht. Donald Trump deutlicher machen, dass seine Politik der Tweets und Beleidigungen nicht die der deutschen Bundesregierung ist? Na gut, warum nicht. Martin Schulz war da deutlicher. Man konnte feststellen, dass seine politischen Forderungen von Überzeugung herrühren und nicht zwangsläufig von der sich stetig wandelnden Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung, wie es bei Angela Merkel der Fall ist. Das TV-Duell war kein Highlight. Aber es hat Unterschiede deutlich gemacht. Und das zugunsten von Martin Schulz.

Philipp Rosenau

Bürgerbeteiligung zum Innenstadtkonzept

In der letzten OV-Sitzung haben wir wieder intensiv über das Innenstadtkonzept diskutiert und hierbei insbesondere über die Möglichkeiten einer Bürgerbeteiligung.

Die Diskussion der vergangenen Monate über die Innenstadt von Essen sowie die derzeitigen und noch zu erwartenden Leerstände, machen eine Neuausrichtung der Entwicklungsziele für die Innenstadtentwicklung erforderlich. Es gibt auch eine Untersuchung, die feststellte, dass die Fußgängerzone der Essener Innenstadt im Vergleich zu anderen Städten in der Besucherfrequenz zurückgefallen ist

Wir wollen nicht, dass die Innenstadt unattraktiver wird, indem man einfach an dem „weiter so“ festhält. Denn das Käuferverhalten hat sich bereits geändert und wird sich weiter ändern. Immer mehr Leute nehmen den Weg in die Stadt nicht mehr in Kauf, sondern bestellen im Internet. Hierauf muss sich sowohl der Einzelhandel, als auch das Essener Marketing einstellen.

Es muss sich wieder lohnen, in die Essener Innenstadt zu gehen!

Die Verwaltung wird es allein nicht schaffen. Deshalb wollen wir sämtliche gute Ideen zur Innenstadt sammeln. Hierzu sollen Bürger und Besucher in einer repräsentativen Umfrage nach ihren Vorstellungen und Ideen gefragt und es soll ein richtiger Bürgerbeteiligungsprozess in Gang gesetzt werden. Ergänzend dazu brauchen wir einschlägigen Sachverstand, der insbesondere die derzeit abzusehenden Entwicklungen, z.B. in der Welt des Konsums, in die zu entwickelnden Vorstellungen einbezieht.

Gerade erleben wir ein ähnliches Verfahren am Grugabad. Das Gute daraus wollen wir übernehmen, die Kritik am Verfahren besser machen.

Natürlich ist so ein Beteiligungsverfahren im Ergebnis offen, wir wissen selber nicht was für Ideen von Fachleuten und oder Bürger/innen kommen werden.

Unser Ortsverein hat auch eine Arbeitsgruppe Innenstadt, die allerdings in sehr unregelmäßigen Abständen tagt, hier seid ihr auch herzlich eingeladen.

Bei Interesse einfach mich oder den Ortsverein anschreiben

Euer Jens Gröne.



„Dieseldebatte

„Das Szenario scheint bedrohlich: Sperrung der Innenstädte für Dieselfahrzeuge, die keine Euro-6-Norm haben. Das betrifft viele Privatfahrzeuge, aber auch sehr viele Handwerker, kleine und mittelständische Firmen, die einen reinen Diesel-Fuhrpark haben und auch die Ruhrbahn (ehemals EVAG).

Aber wie kommt es überhaupt zur Diskussion um Verbote?

Seit 2008 gilt eine Europäische Norm, die den Städten der ganzen EU 10 Jahre lang Zeit ließ, die Feinstaub- und Stickoxid-Probleme in den Griff zu bekommen. In der Zeit wurden bspw. viele Benziner durch Diesel ersetzt, weil Dieselfahrzeuge mit ihren Rußpartikelfiltern weniger problematisch sind.

Allerdings verbrennen die modernen Dieselmotoren den Kraftstoff bei deutlich höheren Temperaturen, als früher und stoßen erheblich mehr Stickoxide aus, als vergleichbare Benzinmotoren.

Stickstoffdioxid ist ein starkes Oxidationsmittel, das in hohen Konzentrationen schon bei kurzem Kontakt die Schleimhäute der Atemwege und Augen reizt. Über die Atemluft schädigt Stickstoffdioxid die menschliche Gesundheit also unmittelbar. Stickstoffoxide fördern außerdem die Bildung von bodennahem Ozon. Hohe Konzentrationen, die Spitzenwerten an stark befahrenen Straßen ähneln, wirken sich nach etwa einer Stunde negativ auf die Atemwege aus. Menschen, die hohen Konzentrationen ausgesetzt sind, leiden auch eher an Asthma, Atemnot, Bronchitis, Lungenödemen und Lungeninfekten.

Der Verein „Deutsche Umwelthilfe“ (DUH) hat mehrere große Städte, unter anderem Essen, auf Einhaltung der EU-Norm verklagt. Die ersten Gerichte (Bsp. Stuttgart, Düsseldorf) haben bereits zugunsten der DUH entschieden.

Aber wie sollen wir damit umgehen? Innerorts eine City-Maut erheben? Dieselfahrverbote aussprechen? Das würde dann zu der kuriosen Situation führen, dass auf der Autobahn sämtliche Dieselfahrzeuge jeden Typs und auch ohne Erfüllung irgendeiner EU-Norm fahren dürften, in den kleinen Nebenstraßen, die in unserem OV-Gebiet direkt hinter den Schallschutzwänden liegen, jedoch kein Diesel fahren dürfte.

Letztlich haben wir Umweltpolitiker in der Ratsfraktion entschieden, dass wir sehr gern die EU-Norm erfüllen möchten, jedoch keinen Sinn darin sehen, Essen praktisch als Insellösung mit Fahrverboten zu belegen, während alle umliegenden Städte und die Autobahnen weiter Stickoxide emittieren.



<https://www.flickr.com/photos/128406688@N07/>

Vielmehr fordern wir, dass die Autohersteller die Systeme einbauen, die Stickoxide vermeiden. Es gibt sie, reduzieren den Schadstoff um 90% und kosten ca. 1.500 Euro pro Fahrzeug. Leider hat der Verkehrsminister Dobrindt (CSU) aber entschieden, dass ein Softwareupdate ausreichend ist, dass um 6% reduziert.

Falls Essen also gerichtlich zu einem Fahrverbot gezwungen wird, können wir uns für die Mutlosigkeit des Ministers in Berlin bedanken.

Julia Kahle-Hausmann

UNSERE TERMINE

Samstag 16.09.2017 ab 14:00 Uhr

Infostand Südviertel EDEKA

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!
Gutenbergstr. 29 (vor EDEKA)

Montag, 18.09.2017 um 15:00 Uhr

Kaffee & Kuchen mit Dirk Heidenblut

Alle sind herzlich willkommen!
Cafe Zwingli, Zwinglistraße 1, 45141 Essen

Samstag, 23.09.2017 um 14 Uhr

Grillen im Eltingviertel

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!
Waterloostr, 45141 Essen (Eltingviertel)

Samstag, 23.09.2017 um 13 Uhr

Infostand Frillendorf

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!
Frillendorfer Str. 242, 45139 Essen

Sonntag, 24.09.2017

BUNDESTAGSWAHL

Montag, 25.09.2017, um 19 Uhr

Vorstandssitzung der SPD Essen-Mitte

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!
Der Treffpunkt wird rechtzeitig unter
www.spd-ov-essen-mitte.de
bekanntgegeben

Montag, 16.10.2017, um 19 Uhr

Vorstandssitzung der SPD Essen-Mitte

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!
Der Treffpunkt wird rechtzeitig unter
www.spd-ov-essen-mitte.de
bekanntgegeben

Freitag, 08.12. 2017

Nikolausfahrt mit der historischen Straßenbahn

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen!
Treffpunkt und Uhrzeit werden rechtzeitig unter
www.spd-ov-essen-mitte.de
bekanntgegeben

Unser Ortsverein in Zahlen:

Alle Vierteljahre bekommt Ihr den Blickpunkt als kleine „Wasserstandsmeldung“ über unsere Aktivitäten, unsere Diskussionen und das, was im Ortsverein für wichtig erachtet wird.

Vielleicht interessiert Euch heute die Entwicklung der Mitglieder? Hier ein paar Statistiken:

Zur Zeit hat der Ortsverein Essen-Mitte

180 Mitglieder (das sind diejenigen, die ein ordentliches Parteibuch haben und auch ihre Beiträge, egal in welcher Höhe, zahlen)

davon sind 50 weiblich, 130 männlich

58 Genossinnen und Genossen sind im besten Juso-Alter bis 35 Jahre, 11 davon sogar unter 25!

40 Mitglieder haben das Pensionsalter erreicht und gehören zur Gruppe der Über-65-Jährigen

82 Genossinnen und Genossen bilden die stärkste Gruppe der Sozialdemokraten, die mit beiden Beinen fest im Berufs- und Familienleben stehen, oder sich mit über 60 bereits auf den Ruhestand vorbereiten können.

Das Gros der Genossinnen und Genossen wohnt im Stadtkern und den umliegenden Nord-/West-/Ost-Vierteln, nämlich 117

27 Sozis wohnen in Frillendorf

36 unserer Mitglieder im Ortsverein wohnen nicht im OV-Gebiet, sondern sind aus anderen Stadtteilen bei uns gemeldet.

Ein Genosse ist seit 01.01.1964 Sozialdemokrat! Das sind fast 54 Jahre Treue zur Partei! Herzlichen Dank hierfür!

Wir brauchen jeden Einzelnen, um sozialdemokratische Ziele in der Gesellschaft zu verankern. Mehr Solidarität statt Egoismus, mehr Schulterschluss statt „wir gegen die“. Bitte kommt zu unseren Veranstaltungen, diskutiert mit, entscheidet mit. Sprecht Eure Familienangehörigen, Eure Freunde, Eure Nachbarn an, denn nur, wenn wir viele sind, kann sich etwas bewegen!

Julia Kahle-Hausmann